

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 886 846 pabn d



Inhalt

Klaus Daubertshäuser MdB
zu den akuten Luftverkehrs-
Problemen: Chaos am Him-
mel - Bundesregierung im
Tiefschlaf.

Seite 1

Dagmar Luuk MdB zur An-
näherung Athen-Ankara: Ei-
ne Wende mit Risiken.

Seite 2

Dr. Hans Apel MdB zur Er-
innerung an die Währungs-
reform vor 40 Jahren: Die
krassen Unterschiede zeigten
sich bald.

Seite 3

Albrecht Müller MdB zum
Einzug der „Republikaner“
in das Hambacher Schloß:
Wo bleibt die Solidarität der
Demokraten?

Seite 6

43. Jahrgang / 114

20. Juni 1988

Chaos am Himmel - Bundesregierung im Tiefschlaf

Die akuten Luftverkehrs-Probleme müssen endlich angepackt
werden

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Millionen von Urlaubern und Geschäftsreisenden werden in den nächsten Monaten die schläfrige Untätigkeit der Bundesregierung am eigenen Leibe verspüren. Die chaotischen Zustände auf den großen deutschen Flughäfen waren seit langem vorhersehbar. Trotzdem hat die Bundesregierung so gut wie nichts getan. Dies ist Gift für den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik.

Die Verspätungen im Luftverkehr sind bereits jetzt alarmierend. Dabei stehen die heißen Wochen erst bevor. Die Unzufriedenheit der Fluggäste wächst. Sicherheitsprobleme entstehen. Eine dramatische Entwicklung zeichnet sich ab, wenn die von Brüssel beschlossene Deregulierung des Luftverkehrs greift. Insgesamt flogen im vergangenen Jahr auf Europas Flugstraßen so viele Flugzeuge, wie erst für 1991 prognostiziert worden sind.

Der zusätzliche Flugverkehr überlastet die Infrastruktur, er bringt die Luftstraßen und die Flughäfen an den Rand eines Kollapses. Eine Reihe von nationalen und internationalen Maßnahmen sind zu realisieren. Die vorhandenen Kapazitäten sind besser zu nutzen. Unverzichtbar ist ein qualitativer Ausbau der Flughäfen und eine Verbesserung aller Flugsicherungseinrichtungen.

Nötig ist zum Beispiel eine koordinierte und großräumige Abwicklung des Luftverkehrs. Es kann nicht Aufgabe der Bundesrepublik sein, große Teile des Überflugverkehrs in Europa zu bewältigen. Unsere Nachbarländer in West- und Osteuropa sind hier ebenfalls in der Pflicht.

Die Bundesregierung muß ihre Politik des fatalistischen Zuwartens beenden und Lösungen endlich umsetzen. Wir erwarten, daß der Bundesverkehrsminister als Ratspräsident der EG-Verkehrsminister, die am 20./21. Juni 1988 in Luxemburg tagen, die Entwicklungen im Luftverkehr zu einer zentralen Frage der europäischen Verkehrspolitik macht und einen Zeit- und Maßnahmen-Katalog vorlegt.

(-/20.6.1988/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Eine Wende mit Risiken

Bemerkungen zur Annäherung Athen-Ankara

Von Dagmar Luuk MdB

Vorsitzende der deutsch-griechischen Parlamentariergruppe des Bundestages

Die Politik des Dialogs wird fortgesetzt, Illusionen über rasche Erfolge macht sich niemand. Diese Zwischenbilanz läßt sich nach dem Athener Gipfel ziehen, zu dem Andreas Papandreu, der griechische Ministerpräsident, und Turgut Özal, sein türkischer Amtskollege, zusammen getroffen sind. Um diese Politik zu Erfolgen zu führen, wird ein langer Atem nötig sein. Die Widerstände gegen eine griechisch-türkische Annäherung sind äußerst massiv, die Risiken sind unübersehbar.

Trotz aller Widerstände: Fest steht, daß die Wende, in der Politik Athens gegenüber dem türkischen Nachbarn an der Südostflanke der NATO, Ende Januar eingeleitet durch das spektakuläre Treffen im schweizerischen Davos, allmählich Konturen gewinnt. Auch wenn das „Licht“, das Papandreu da am Ende des Tunnels erspäht, noch meilenweit entfernt ist. Unverkennbar bleibt, daß beide Seiten sich aufeinander zubewegen, unverkennbar aber auch, daß diese Bewegung angesichts der jahrhundertalten Erbfeindschaft zwischen beiden Ländern alles andere als rasant verläuft.

An den Problemen zwischen der Türkei und Griechenland hat sich nichts geändert, und diese Probleme heißen nach wie vor Ägäis und Zypern. Kein Wunder also, daß auch nach dem Athener Gipfel konkrete Ergebnisse in diesen Fragen ausgeblieben sind, obwohl die Zypern-Frage wie der Ägäis-Streit erstmals konkret angesprochen wurden. Einen Teilabzug türkischer Truppen aus Zypern, von der griechischen Seite als demonstrative Geste Özals erhofft, hat es nicht gegeben. Allerdings war eine verbale Geste zu registrieren, denn Özal äußerte, die Truppen seines Landes würden „nicht unbegrenzt auf der Insel bleiben“.

Özal erneuerte in diesem Zusammenhang sein Lösungspaket, bei dem eine Verfassungsänderung für die Inselrepublik mit Sicherheitsgarantien für die türkische Volksgruppe und einem Truppenabzug gekoppelt werden sollen. Papandreu jedoch will erst nach einem Truppenabzug verhandeln, während die Türkei einen solchen Truppenabzug als Teil des Verhandlungsergebnisses ansieht.

Wer angesichts dieser Ausgangslage besondere Erwartungen an das geplante Treffen zwischen dem zyprischen Präsidenten Vassiliou und Rauf Denktaş, dem „Präsidenten“ der nur von Ankara anerkannten „Türkischen Republik Zypern“ knüpft, greift zu kurz. Das Zypern-Problem nämlich muß in Athen und Ankara diskutiert werden. Fortschritte dort sind die Voraussetzung für eine Beilegung der vielschichtigen Konflikte in der Ägäis, ob es sich dabei um die Abgrenzung des Festlandssockels, um Ölbohrrechte oder um die Nutzung des Luftraums handelt.

Formal geht es um Völkerrechtstitel, die Ägäis als griechisches Binnenmeer oder die Teilung des Festlandssockels, wie Ankara dies gern beanspruchen würde. Tatsächlich aber geht es um Machtfragen, gekoppelt an erhebliche wirtschaftliche Interessen. Umweltgesichtspunkte, die gerade in der Frage der Ölbohrrechte einen erheblichen Stellenwert genießen müßten, spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Die große Krise, die Kriegsgefahr des vergangenen Jahres, soll sich nicht wiederholen. Das ist der Ansatz der neuen Politik Papandreous. Ausverkaufspolitik nennt dies die Opposition in Athen, und sie hält mit allen nur denkbaren Methoden dagegen, obwohl auch sie den richtigen Kern dieser Politik nicht leugnen kann. Emotionen aber sind gerade auch in Griechenland ein beliebtes Mittel zur Durchsetzung politischer Vorstellungen. Und in Griechenland muß in spätestens einem Jahr gewählt werden.

Gibt es zu dieser Politik der Annäherung, die Papandreu auch zur Überraschung vieler seiner eigenen Anhänger begonnen hat, eine Alternative? Wohl kaum. Und deshalb muß Papandreu den eingeschlagenen Weg fortsetzen. Seine Anfang Juli beginnende Präsidentschaft in der EG mag ihm ein nützliches Hilfsmittel beim Durchsetzen dieser Politik sein. Die Türkei nämlich braucht eines Tages die Zustimmung Athens, will sie Vollmitglied der EG werden. Und die wirtschaftlichen Interessen beider Länder an dem Nachbarmarkt sind unübersehbar. Daher überrascht es auch nicht, daß die Gründung eines griechisch-türkischen Business-Council zu den ersten greifbaren Erfolgen dieser Politik der Annäherung zählt.

(-/20.6.1988/rs/ks)

Die krassen Unterschiede zeigten sich bald

Erinnerungen an die Währungsreform vor 40 Jahren (*)

Von Dr. Hans Apel MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Für mich als Heranwachsenden brachten die Jahre nach dem Kriege bis zur Währungsreform keine neue Erfahrung. Bereits während der letzten Kriegsjahre hatte das Geld für uns seine Bedeutung verloren. Immer wieder erhielten wir von Nachbarn, für die Besorgungen zu erledigen waren, 50 Pfennige oder eine Reichsmark. Wir nahmen diesen Betrag entgegen, aber kaufen konnten wir dafür nichts. Die Reichsmark war nicht mehr viel wert.

Die Nazis blockierten die volle Einsicht in diese Erkenntnis mit den ihnen zu Gebote stehenden Pressionen, mit KZ, ja mit der Todesstrafe für Schieber und Spekulanten. Die Preise waren gestoppt. Der Schwarzmarkt wurde drakonisch unterdrückt, und die Lebensmittelversorgung wurde bis in die letzten Kriegsmonate so organisiert, daß echte Not nicht eintrat.

Das änderte sich dann allerdings schlagartig nach dem Zusammenbruch. Der Schwarzmarkt blühte. Ein Pfund Butter kostete 200 bis 250 Reichsmark. Es entstand die Zigarettenwährung. Und jedermann versuchte, aus dem Geld in die Sachwerte zu fliehen.

Meine Mutter starb 1946. Mein Vater, ein sehr liebenswerter, aber unpraktischer Mann, übergab mir die Haushaltskasse, das heißt sein Monateeinkommen, und die Lebensmittelkarten für uns beide mit der Bemerkung: „Nun mußt du an die Stelle deiner Mutter treten, ich kann das nicht.“ Und so wurde mir dann, auch selbst noch Schüler, sehr schnell klar, daß Geld keinerlei Rolle spielte, um zu überleben. Nicht das Geldeinkommen sicherte den Lebensstandard, sondern die Lebensmittelkarte, der Bezugsschein, „Vitamin B“, wie wir es damals nannten, also Beziehungen, das Hamstern und in unserem Falle regelmäßiges und erfolgreiches Kohlenklauen. Da war ich mindestens so erfolgreich wie in der Schule.

Das Geld hatte seine wesentlichen Funktionen verloren. Es war nicht mehr Tauschmittel, mit dem Waren gekauft und verkauft wurden, Dienstleistungen entlohnt wurden. Es war nicht mehr Rechenheit in einem modernen Wirtschaftssystem. Und als Wertaufbewahrungsmittel hatte es längst seinen eigenen Wert verloren.

Diese Reichsmark war eine pervertierte Währung. Es gab für sie Kurse auf dem schwarzen Markt. Nur bei wenigen nicht bewirtschafteten Gütern, so zum Beispiel bei dem damals so beliebten Heißgetränk, einer undefinierbar schmeckenden, warm servierten Limonade, konnte man mit Geld noch etwas kaufen. Ansonsten war Geldbesitz belanglos. Niemand hatte über Geldmangel zu klagen.

Jedermann wußte wohl, daß es so nicht weitergehen konnte. Eine Volkswirtschaft kann nicht ohne Rechenhaftigkeit leben, ohne eine Währung, die als Tauschmittel und Wertaufbewahrungsmittel anerkannt wird. Aber hatten wir wirklich Zeit und Muße, über diese Probleme nachzudenken? Meine Vaterstadt Hamburg lag in Trümmern. Wir lebten in Ruinen. Nur für Stunden gab es täglich elektrischen Strom. Der Kampf um das nackte Überleben bestimmte unseren Tagesrhythmus. Aber ein bißchen Angst hatten wir auch vor der eines Tages kommenden Normalisierung. Hatten die Erwachsenen im Krieg gesagt: „Genossen, genießt den Krieg, der Friede wird schrecklich“, so war diese Nachkriegszeit auch noch ein Nachklang der Kriegstage.

Heute in der Rückschau ist es interessant, wie wenig damals öffentlich, auch für uns hörbar, die Bedingungen einer Währungsreform diskutiert wurden. Es gab wissenschaftliche Literatur, es gab entsprechende Gutachten und Äußerungen. Sie sind allerdings erst sehr viel später breit publiziert worden, zu einem Zeitpunkt nämlich, zu dem die Währungsreform selbst längst erfolgreich Geschichte geworden war. Das lag sicherlich vor allem daran, daß damals die Alliierten bestimmten, was bei uns geschah. Sie hatten an einer breiten Debatte kein Interesse, wie sie heute bei einer so einschneidenden Reform im Parlament über Sachverständige, über Gutachten, über eine anhaltende und kontroverse Presseerörterung zwangsläufig wäre. Außerdem hat es damals Jahre gedauert, es bedurfte erst des beginnenden Kalten Kriegs, bis sich die drei westlichen Alliierten klarere Vorstellungen über unsere Zukunft machten. Und vergessen wir eins nicht: Zeitungspapier und Zeitungen waren so knapp, daß man sich auf das Alltägliche, die lebenswichtigen Meldungen, konzentrierte.

Und dann kam der Tag. Es gab in den Wochen davor viele Gerüchte. Schwerebewachte Lkw fuhren zu den Ausgabestellen der Lebensmittelkarten. Am 21. Juni 1948 hieß es antreten und 40 DM Kopfgeld in Empfang nehmen. Ich kann mich an diesen Tag noch sehr gut erinnern. Da standen wir - mein Vater und ich - in einer langen Schlange, warteten geduldig, bis wir dran waren, und erhielten dann 80 Deutsche Mark in Scheinen, die so fremd aussahen und mit denen wir wenig anfangen konnten. War das nun der Neuanfang? Oder war das nur ein eher für uns persönlich belangloser Tag, mit einer neuen Währung, die an unserer Hoffnungslosigkeit und fehlenden Zukunftsperspektive auch nichts ändern würde?

Eine erste Teilantwort gab es allerdings bereits am nächsten Tag. Die verstaubten und leeren Schaufenster der Läden waren geputzt. Sie waren ausstaffiert mit Waren, die wir seit vielen Jahren nicht mehr gesehen hatten, an die ich mich persönlich nach sechs Jahren Krieg und drei Jahren Nachkrieg überhaupt nicht erinnern konnte. Eine ganze Reihe von Waren, ja auch Nahrungsmitteln wurden lebensmittelkartenfrei abgegeben. Die Ladeninhaber waren wieder freundlich. Ein Konsumentenparadies schien auszubrechen.

Da waren wir nun alle gleich mit 40 DM Kopfgeld angefangen. Aber schon bald zeigten sich die krasen Unterschiede im Vermögen und in der Kaufkraft. Die Unternehmer hatten die Jahre vor der Währungsreform genutzt, so gut es ging, mit wertloser Reichsmark und wertlosen Reichsmarklöhnen ihre Fabriken wieder aufzubauen. Sie hatten Produkte erzeugt und sie gehortet und eben nicht gegen Reichsmark abgegeben. Die Löhne blieben über lange Zeit fest; die Preise stiegen. Die Abwertung der Geldvermögen fand statt, die Abwertung der Sachvermögen fand nicht statt. Im Gegenteil: Ein Eigentümer von Aktien konnte auch damit rechnen - und es ist vielfältig passiert -, daß sein vor der Währungsreform eher wertloses Aktienvermögen plötzlich um ein Vielfaches mehr in D-Mark wert wurde. So erging es meinem Onkel. Wir dagegen wurden „abgewertet“. Alles das habe ich als Heranwachsender damals erst vorsichtig, dann schmerzlich miterlebt. Diese Währungsreform ist für die ganz einseitige Vermögensbildung in der Bundesrepublik Deutschland mitverantwortlich. Sie ist sicherlich eine der großen Hypotheken unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Die Gewerkschaften versuchten damals, mit einem fehlgeschlagenen Generalstreik dieser Entwicklung beizukommen. Sie hatten keinen Erfolg. Und das lag eben nicht nur daran, daß es allen nach der Währungsreform sofort besser ging, wenn auch in einem sehr unterschiedlichen Maße. Es lag auch daran, daß die Tage der Währungsreform, unsere ersten Erfahrungen mit der DM, überschattet wurden von der Berlin-Blockade und der dann von den Alliierten gebildeten Luftbrücke zur Versorgung der Stadt. Das war ein Ereignis, das deutlich machte, auf wie tönernen Füßen dieser Neubeginn stand, wie stark der Ost-West-Konflikt in unsere persönliche Zukunft würde eingreifen können. Der dritte Weltkrieg wurde immer wahrscheinlicher. Wir Deutsche hatten in den zwölf Jahren Nazi-Diktatur und in den drei Jahren nach dem Kriege vor allem eins gelernt: gehorchen, sich unterordnen, arbeiten, fleißig sein und die Klappe halten. Da bleibt wenig, gegen die manifesten Ungerechtigkeiten der Stunde Null zu protestieren.

Mit der Entscheidung der Alliierten für eine Währungsreform in den drei Westzonen des geteilten Deutschlands wurde allerdings auch eine andere, damals von vielen in dieser Konsequenz keinesfalls erkannte Entwicklung eingeleitet: die Teilung Deutschlands in zwei Staaten unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und ihre Eingliederung in die beiden politischen Blöcke. Die Frage der nationalen Wiedervereinigung bestimmt weiter den politischen Kampf in unserem Lande. Doch die Währungsreform stellt Weichen in die andere Richtung. Schon im August 1948 wird auf der Herreninsel im Chiemsee von Experten im sogenannten Verfassungskonvent ein westdeutsches Grundgesetz vorbereitet. Die Bundesrepublik nimmt Gestalt an. Die Milliarden aus dem Marshallplan helfen der jungen DM auf die Beine.

Mein Vater, einstmal kleiner Nazi, jetzt Pazifist und Christ, diskutiert mit mir die Nächte durch: von unserer Schuld, dem Völkermord an den Juden, der Sühne und der Vergebung. Doch nun nach dem 21. Juni 1948 scheint alles anders zu sein. Die Deutschen können an diesem Tage augenscheinlich aufatmen. Sie hatten durch den faschistischen Größenwahn den Zweiten Weltkrieg mit 50 Millionen Toten angezettelt. Sie waren damit verantwortlich für die Teilung Europas und die Teilung ihres Vaterlandes. Doch die Siegermächte können sich nach 1945 nicht einigen, die Antagonismen zwischen der Sowjetunion und dem westlichen Lager nehmen zu. Die Währungsreform kommt. Man braucht uns. Und so müssen wenigstens die Westdeutschen die materiellen Konsequenzen des Zweiten Weltkrieges immer weniger ausbaden. Im Gegenteil: Die beiden Länder, die zentrale Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg hatten, stehen heute ökonomisch besser da als die, die den Krieg gegen den Faschismus gewinnen mußten.

Das deutsche Wirtschaftswunder hat sicherlich viel mit deutscher Tüchtigkeit, deutschem Fleiß, der vorhandenen Infrastruktur, der erfolgreichen Währungsreform, der Wirtschaftspolitik in unserem Lande zu tun. Sie ist aber nicht zuletzt auch Konsequenz der Teilung der Welt, der schnellen Einbeziehung unseres Vaterlandes in die westliche Gemeinschaft und die Notwendigkeit, auf den deutschen Beitrag zur Stabilisierung der Grenzen und Einflußgebiete in Europa nicht verzichten zu können.

So sind wir dann wenigstens materiell noch einmal davongekommen. Die Währungsreform ist dafür ein deutliches Zeichen und die starke Deutsche Mark ein Symbol. Doch Selbstbesinnung, Aufarbeiten unserer eigenen Vergangenheit, eine fällige neue Standortbestimmung blieben auf der Strecke. Nach den ersten Jahren dumpfer deutscher Lethargie unter dem Besatzungsregime war das nun augenscheinlich nicht mehr gefragt. Über deutsche Schuld und deutsche Verantwortung, über das Verstricktsein von Hunderttausenden von Nazis in die Grauertaten des letzten Krieges zu reden, war nicht mehr opportun. Sie rückten ein in hohe Staatsämter. Auf ihr Fachwissen konnte nicht verzichtet werden. Bereits 1954 wurden wir Fußballweltmeister. Damit waren wir wieder einmal Weltmeister. Das führte zur Verdrängung der Vergangenheit. Und wer konnte das eigentlich, denen nachsehen, die selbst verstrickt gewesen waren. Sollten sie sich selbst anklagen, wenn das niemand von ihnen verlangte?

Die Deutsche Mark wird zur Erfolgsstory. Bereits 1957, weniger als zehn Jahre nach der Währungsreform, fordert der wissenschaftliche Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft eine Aufwertung der D-Mark. Von einem Sorgenkind der nach dem Kriege neu entstandenen Währungsfamilie des Westens wird die D-Mark schon wenige Jahre nach der Währungsreform zu einem leuchtenden Stern am Währungshimmel. Die D-Mark wird am Tage der Währungsreform im Verhältnis zum Dollar mit 3,33 DM festgesetzt. Die D-Mark muß dann auf 4,20 DM in der Folge von Pfund-Turbulenzen abgewertet werden. Aber wenn der DM/Dollar-Kurs heute bei 1,60 DM steht, dann sagt auch diese Zahl, was aus unserer D-Mark geworden ist.

Materialistische Grundwellen bestimmen die innere Struktur unserer Gesellschaft nach der Währungsreform. Sie folgen aufeinander und bestimmen das Denken der Mehrheit unserer Bürger: Freßwellen, Bekleidungswellen, Reisewellen. Unfaßbar standen wir damals vor unserem schnell zunehmenden Wohlstand. Da bleibt noch weniger Raum, die böse, eigene Vergangenheit aufzuarbeiten. Da gibt es wenig Veranlassung, über die Bedingungen deutscher Zukunft im Zeitalter der Teilung Europas nachzudenken.

Seit etwa 20 Jahren arbeiten meine Frau und ich aktiv in einem großen diakonischen Werk in Hamburg mit. Auch dort hatte man während des Dritten Reiches Hunderte von geistig und körperlich Behinderten ermordet. Man nannte das damals Euthanasie. Aber erst Anfang der achtziger Jahre besinnen wir uns alle auf diese Zeit und ihre Opfer. Erst jetzt wird den Opfern ein Denkmal gesetzt. Beschämt stehen wir da. Über viel Betriebsamkeit hatten wir die eigene Vergangenheit vergessen. Es hat lange gedauert, bis Deutschland bereit war, über seine eigene Vergangenheit, seine Gegenwart und seine Rolle in der Zukunft ernsthaft nachzudenken. (-/20.6.1988/rs/ks)

(*) Der Beitrag ist dem von Helmut G. Schmidt herausgegebenen Buch „Kopfgeld / Erinnerungen an den Geburtstag der Deutschen Mark“, erschienen im Lamuv-Verlag (Börnheim, 1988) entnommen.

Wo bleibt die Solidarität der Demokraten?

Zum Einzug der „Republikaner“ in das Hambacher Schloß

Von Albrecht Müller MdB

Die Art und Weise, wie von rechtsextremen Kräften Symbole besetzt werden, welche von der demokratischen Tradition Deutschlands zeugen, ist neu in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte.

Ausgerechnet das Hambacher Schloß bei Neustadt an der Weinstraße wählte die Partei der „Republikaner“ für ihren Bundesparteitag aus. Ende Mai 1832 hatten sich hier 30.000 liberal, demokratisch und republikanisch gesinnte Menschen zu einer politischen Demonstration für Einheit und Freiheit zusammengefunden - am 17. Juni 1988 mußte dieser historische Ort für Mitglieder und Anhänger einer Partei herhalten, die trotz des irreführenden Namens nichts mit einer freiheitlichen, demokratischen Republik im Sinne hat, sondern für ein gefährliches Gebräu von antidemokratischer Gesinnung, Ausländerfeindlichkeit und schrüllem Nationalismus steht.

Auf die Spitze getrieben wurde die Heuchelei und Geschichtsklitterung, als die sogenannten „Republikaner“ ein „Hambacher Manifest“ verabschiedeten, das schon von seinem Namen her die Tradition der Hambacher Freiheitsideale mißbrauchte.

Wer im Vorfeld dieser Veranstaltung geglaubt hatte, die verantwortlichen Kommunalpolitiker in der Region würden sich gegen die verlogene Inszenierung der Rechten zur Wehr setzen, sah sich enttäuscht: Mit einer erschreckenden Selbstverständlichkeit überließ die CDU-geführte Kreisverwaltung Bad Dürkheim den selbsternannten Republikanern das Feld, das heißt das Hambacher Schloß.

Der Widerspruch ist schwer erträglich: Auf der einen Seite appellieren Christdemokraten in Reden und Festvorträgen immer wieder an die Gemeinsamkeit der Demokraten, andererseits bieten CDU-Politiker rechtsextremen Kräften eine Propagandaplattform, wohl aus Angst, durch ein klares Bekenntnis die eine oder andere rechte Wählerstimme zu verlieren.

Doch die Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte ist zu wichtig, um durch das fehlende Stehvermögen einiger Politiker verwässert zu werden. Es wäre fatal für unser Gemeinwesen, wenn sie zu einem reinen Lippenbekenntnis, ohne praktische Folgen, geriete.

(-/20.6.1988/rs/ks)

* * *